Avanti Rhein-Neckar
83/84/Juli/August 2021

1 Euro (Solipreis 2 Euro)

Avanti 2

Theoriebeilage

„Kommunismus“: Was heißt das?

ISO Rhein-Neckar

Impfschutz für alle!

INHALT

TITEL

01 COVID 19
Impfschutz für alle

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH
Proteste gegen rechts?

PANDEMIE

03 COVID 19
Impfschutz für alle

04 ZEROCOVID
Am Ziel?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

05 MOBBING
BR im Visier

06 GESUNDHEITSSCHUTZ
Im Betrieb erkämpfen?

07 RAHMENBEDINGUNGEN
Neoliberale Offensive

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
die Entwicklungen im Kapitalismus erinnern in mancherlei Hinsicht an das römische Imperium. Die angeblich aus dieser Zeit stammende Empfehlung „Teile und herrsche" hat ebenso Konjunktur wie die ursprünglich satirisch gemeinte Formulierung „Brot und Spiele".

Einerseits treiben die Herrschenden die Spaltung der arbeitenden Klasse unermüdlich voran. Andererseits verknappen sie gleichzeitig zwar das Brot, lassen aber eine Unzahl von Spielen zur Ablenkung organisieren,

Die für die UEFA hochprofitable EM 2021 der Profikicker ist bezeichnend für ein System, in dem der Wahnsinn Methode hat. Die durch das Turnier beschleunigte Ausbreitung der Delta-Variante des Corona-Virus wetteifert mit dem politischen Rennen um die schnellste Abschaffung aller Gesundheitsschutzregeln.

Wir sehen uns deshalb umso mehr verpflichtet, geduldig für den Aufbau einer sozialen Front gegen die Zumutungen der „freien Marktwirtschaft" zu werben.

In der Theoriebeilage befassen wir uns mit den Begriffen der Emanzipation.

Wir hoffen sehr, dass Euch die Juli-August-Nummer von *Avanti²* gefällt.
Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

KLIMA

08 KONFERENZ
Ökosozialismus als Ziel?

ANTIFASCHISMUS

09 HIRSCHHORN
Protest gegen braune Untaten

POLITISCHE BILDUNG / ISO

10 KLASSENKAMPF
Nur von oben?

11 SOMMERSEMINAR
Für direkte Demokratie

11 SOMMERFEST
Keine Zeit zum Feiern?

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 CHINA
100 Jahre KP

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 KOMMUNISMUS
Was heißt das?

Frankreich
Landesweite Proteste gegen Faschismus

E. B.

Am 12. Juni 2021 demonstrierten in vielen Städten Frankreichs zehntausende Menschen gegen Faschismus. Die größte Demo fand in Paris statt. Zu den Protesten aufgerufen hatten dutzende Organisationen der gewerkschaftlichen und politischen Linken (darunter die NPA).

Dies war eine Ermutigung im Kampf nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch gegen die rassistischen und autoritären, demokratiefeindlichen Maßnahmen der französischen Staatsspitze.

Unser Genosse Olivier Besancenot erklärte auf der Pariser Demonstration: „Die wahre Stärke der extremen Rechten ist die Schwäche der Arbeiterbewegung, der linken Organisationen und des Fehlens glaubwürdiger alternativer politischer Perspektiven. Wir müssen uns engagieren, ohne uns jemals dafür zu entschuldigen, dass wir antirassistisch und antifaschistisch sind, dass wir für gleiche Rechte für alle, für die Bewegungsfreiheit und das Wohnrecht eintreten, dass wir internationalistisch sind." ■

Block der NPA auf der Pariser Demo gegen Faschismus, 12. Juni 2021.

Foto: Copyright Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas.

Impfschutz für alle Statt Milliarden für wenige!

U. D.

Mit einem harten, aber zeitlich befristeten „Lockdown“ hätte die Chance bestanden, die Pandemie bereits im Jahr 2020 einzudämmen. Aber die damit verbundene Schließung aller (!) nicht lebensnotwendigen Unternehmen war weder vom Kapital noch von den Regierenden gewollt. Stattdessen ordneten sich die Regierungen mit ihrer „wirtschaftsorientierten“ Politik den Bedürfnissen der Profitmaximierung unter.

Todeszahlen - und Profite steigen

Diese Unterordnung ist verantwortlich für Hundertausende COVID-19-Tote. Verantwortlich für psychische Schädigungen, gerade auch von Kindern und Jugendlichen. Verantwortlich für finanzielle und soziale Probleme insbesondere der arbeitenden Klasse, der Kleinst- und Solounternehmen, der künstlerisch Tätigen usw.

Bislang sind laut WHO weltweit rund 4 Millionen Menschen durch COVID-19 gestorben. Andere Berechnungen gehen von einer etwa doppelt so hohen Zahl aus.

Dabei ist die Pandemie noch längst nicht vorbei. Wir erleben neuerliche lokale Ausbrüche in den Industrieländern. Neue Mutanten und weitere Pandemie-Wellen drohen. Nicht zuletzt breitet sich die Pandemie verstärkt in Afrika und in Indonesien aus. Immer noch sterben täglich tausende Menschen und ein Ende ist nicht in Sicht.

Aber für die Kapitalbesitzenden hat sich diese menschenverachtende Politik gelohnt. Weltweit hat die Konzentration von Reichtum und Macht auch im Pandemie-Jahr 2020 zugenommen: Die Zahl der US-Dollar-Milliardäre ist laut der Wirtschaftszeitung *Forbes* um 660 auf 2775 gestiegen; deren Gesamt-Vermögen von 8 Billionen auf 13,1 Billionen US-Dollar angewachsen.[1]

Menschenrechte statt Pharmaprofite

Mit hunderten Euro-Millionen wurde die Impfstoffentwicklung an Universitäten und Forschungseinrichtungen vorangetrieben. Ohne diese Finanzmittel hätte es die schnellen Forschungserfolge sicherlich nicht gegeben.

Aber anstatt die Patentrechte als gesellschaftliches Eigentum zu betrachten, akzeptieren die Regierenden deren private Aneignung. Anstatt die Patente zum Nutzen aller Menschen freizugeben und die Impfstoff-Produktion weltweit und koordiniert auszuweiten, wird dies profitorientierten Einzelunternehmen überlassen.

Für die Patent-Inhaber und Impfstofffirmen ist damit die COVID-19-Pandemie zu einer sprudelnden Goldquelle geworden. Milliarden Impfdosen für Erst- und Folgeimmunisierungen werden in den kommenden Jahren benötigt und sichern Milliardenumsätze und -gewinne.

„Pandemiemilliardäre“

Dazu passt ein Bericht von *Forbes* über „Pandemiemilliardäre“.[2] Dazu zählen unter anderem Uğur Şahin (Biontech) und Stéphane Bancel (Moderna). Deren Vermögen ist durch COVID-19 so sprunghaft angewachsen, dass sie inzwischen zu den 1.000 reichsten Menschen der Welt gehören.

Şahin stand Anfang 2021 mit 4 Mrd. US-Dollar noch auf Platz 729 der globalen Liste der Superreichen. Aktuell steht er mit 9 Mrd. an 276. Stelle.

Bancel stand Anfang 2021 mit 4,3 Mrd. US-Dollar noch auf Platz 665. Aktuell steht er mit 7,1 Mrd. auf Platz 386.[3]

Aber auch die Eigentümer einiger Zuliefer- und Auftragsforschungsfirmen wurden in den Club der Milliardäre katapultiert. Ob Masken, Schutzausrüstung oder Glasfläschchen für Impfstoff – mit der Pandemie lassen sich offensichtlich enorme Summen „verdienen“.

Kein Wunder also, dass sich Uğur Şahin gegen die Patentfreigabe ausspricht.

Globale Impfgerechtigkeit erkämpfen

Die globale Pandemie kann nur global überwunden werden. Dazu müssen weltweit und schneller als bisher alle Impfwilligen geimpft werden.

Daher sind folgende Schritte notwendig:

1. Die Impfstoffpatente müssen freigegeben werden.
2. Weltweit müssen mit finanzieller Unterstützung der reichen Länder die Forschungs- und Produktionskapazitäten erhöht werden.
3. Zur Unterstützung von Forschung und Produktion bedarf es zusätzlichen Technologie- und Wissenstransfer.
4. Die internationale Impfkampagne muss Impfstoff und technische Impfkapazitäten global „gerecht“ verteilen.
5. Die Pharma- und Impfstoffindustrie muss in gesellschaftliches Eigentum überführt und einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Nur wenn es gelingt, diesen Aktionsplan gegen die herrschende Politik und die Profitinteressen der Pharmakonzerne und Großaktionäre durchzusetzen, haben Solidarität und Menschlichkeit wirklich eine Chance. Dafür bedarf es einer breiten sozialen Front. Und dafür setzen wir uns ein.

[1] www.forbes.com/billionaires/
[2] www.forbes.at/artikel/pandemie-milliardaere.html
[3] www.forbes.com/billionaires/ und www.forbes.com/real-time-billionaires/#7a3f6d8f3d78 ■

ZERO COVID

#ZeroCovid am Ziel? Illusionen in der Öffnungseuphorie

N. B.

Die Infektionszahlen sinken seit Wochen, 35 Land- und Stadtkreise verzeichneten in den letzten sieben Tagen keine einzige Neuinfektion (Stand 08.07.). Ist #ZeroCovid damit am Ziel und als Kampagne überflüssig?

Die Initiative #ZeroCovid Rhein-Neckar diskutiert weiterhin zweiwöchentlich online über die aktuelle Lage und mögliche Aktivitäten. Laut dem IHME-Institut der Universität Washington sind bisher mehr als 100.000 Menschen allein in Deutschland und weltweit mehr als 7 Millionen an dem Virus gestorben.

10-15 Prozent der COVID-19-Erkrankten leiden an Spätfolgen (Post Covid) wie extremer Erschöpfung, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwäche, Atemnot, dem Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns sowie psychischen Folgen. Ob und wann diese geheilt werden, ist derzeit noch völlig ungewiss. Viel Tod und Leid hätte verhindert werden können, wäre früh eine ZeroCovid-Strategie gefahren worden.

Doch weder die Pandemie noch die soziale und wirtschaftliche Krise sind überwunden. Im Sommer letzten Jahres lagen die Inzidenzen auf einem niedrigeren Niveau als heute. Danach entfaltete sich die noch viel größere Katastrophe der zweiten und dritten Welle.

Impfung gut, alles gut?

Was sich heute von der Situation vor einem Jahr unterscheidet, ist die Möglichkeit der Impfung für Erwachsene und Jugendliche, zumindest in den reichsten Ländern der Welt. Indes mutiert das Virus weiter. Für das Zurückdrängen der wesentlich aggressiveren Delta-Variante, die sich auch in Deutschland ausbreitet, ist eine Impfquote von mehr als 80 Prozent nötig. Dank der chaotischen und unsolidarischen Impfkampagne sind aber immer noch viele Menschen der Prioritätsgruppen 1-3 nicht geimpft. Eine vierte Welle gilt als sehr wahrscheinlich.

Auch wenn die Infektionen momentan insgesamt abnehmen, sind die Intensivstationen immer noch stark ausgelastet. Die mittlerweile jüngeren Patient*innen bleiben länger, weil sie nicht so schnell sterben, aber auch nicht genesen. Für das Personal, das nun schon seit fast anderthalb Jahren weit über seiner Belastungsgrenze arbeitet, ist keine Entspannung in Sicht, wenn nun aufgeschobene Behandlungen nachgeholt werden. Hinzu kommen weiterhin Entlassungen von Krankenhauspersonal.

Öffnungseuphorie

Alle bisherigen Erfolge in der Pandemiebekämpfung drohen von der politisch und medial enorm gepushten Öffnungseuphorie wieder gedämpft oder gar zerstört zu werden. Wie schon nach der ersten und zweiten Welle bedrohen die verfrühten Öffnungs- und Lockerungsschritte die Gesundheit und das Leben tausender Menschen.

Gerade die sozialen Kontakte, nach denen wir uns nach fast anderthalb Jahren in der Pandemie so sehr sehnen, werden durch die herrschende Öffnungspolitik gefährdet: Durch die schrittweise Aufhebung der Maskenpflicht als elementare, einfache Maßnahme der Pandemie-Eindämmung. Oder durch internationale Riesenveranstaltungen wie die Spiele der Herren-Fußball-EM, zu der ab dem Halbfinale in London 60.000 Zuschauer*innen aus ganz Europa im Stadion ihre Tröpfchen und Aerosole austauschen durften.

Globale Ungleichheit auch im Gesundheitsschutz

Eine zentrale Forderung der #ZeroCovid-Kampagne ist jetzt die Freigabe der Impfstoffpatente und die schnelle, kostengünstige Produktion von Impfstoff für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Klassenzugehörigkeit. Die Patent-Regelung sorgt weiterhin dafür, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung in absehbarer Zeit Zugang zur Impfung haben wird, in den meisten Ländern also nur die Reichsten. Die globale Ungleichheit wird damit weiter verschärft.

Diejenigen, die ohnehin schon am schwersten unter dem Spätkapitalismus leiden, bleiben Corona als zusätzlicher Gefahr für Gesundheit und Leben weiterhin schutzlos ausgeliefert. Dabei ist der Einsatz für die Freigabe der Patente nur ein erster kleiner Schritt zu einer humanen und gerechten Gesundheitsversorgung. Wir müssen weiterhin dafür eintreten, dass die Gesundheitsversorgung aus der auf Profit ausgerichteten „Marktwirtschaft" gelöst und unter die demokratische Kontrolle derjenigen gebracht wird, die sie betrifft: Beschäftigte ebenso wie Patient*innen. ■

Aktionstag ZeroCovid in Mannheim, 10. April 2021.

Foto: helmut-roos@web.de

Konferenz „Betriebsräte im Visier“ „Grundrechte verteidigen!“

H. S.

Am 16. Oktober 2021 findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Mannheim schon zum achten Mal die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt. Bei der Veranstaltung werden natürlich die dann geltenden Bestimmungen zum Gesundheitsschutz sorgsam beachtet werden.

An der Konferenz werden von BR-Mobbing betroffene Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Branchen teilnehmen sowie Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg), Thomas Hahl (1. Bevollmächtigter IGM Mannheim), Friedrich Bossert, Inga Neumann und Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)

Seit 2014 organisiert das Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim diese Tagung. Sie findet zudem in Kooperation statt mit AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG - „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Wie Angriffe erfolgreich bekämpfen?

Im Zentrum der diesjährigen Konferenz steht die Information über Strategien zur erfolgreichen Verteidigung und Durchsetzung der verbrieften Rechte von Betriebsräten im Betrieb. Starke Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können.

In drei Analyseschwerpunkten, einem Podiumsgespräch sowie Plenumsdiskussionen, sollen die Themeninhalte dargestellt und die Ergebnisse entwickelt werden.

Die Veranstaltung soll darüber hinaus einen nützlichen Beitrag zur weiteren Intensivierung der bundesweiten Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing leisten.

Vor allem aber soll erneut betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein solidarisches Forum zum persönlichen Erfahrungsaustausch und zur praktischen Unterstützung angeboten werden.

Dazu dienen auch die Pausen und das gemeinsame Abendessen zum Abschluss der Veranstaltung.

Kolleginnen und Kollegen, die selbst von BR-Mobbing betroffen sind und an der Konferenz teilgenommen haben, geben immer wieder die Rückmeldung, wie wichtig dieser jährliche Erfahrungsaustausch für sie selbst und ihre Betriebsrats-Arbeit ist.

Möglicherweise muss die Anzahl von Plätzen aufgrund der Pandemielage stark begrenzt werden. Deshalb empfiehlt sich eine frühzeitige Anmeldung. ■

7. Konferenz BR im Visier in Mannheim, 17. Oktober 2020.

Foto: helmut-roos@web.de

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Grundrechte verteidigen!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (IGM Mannheim)
Inga Neumann und Friedrich Bossert (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 16. Oktober 2021
13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“,
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln

„Gesundheitsschutz muss erkämpft werden!“

H. N.

Eine sehr lesenswerte und sehr ansprechend gestaltete Broschüre mit dem Titel „Gesundheitsschutz muss erkämpft werden!“ ist jetzt in Mannheim erschienen. Ihre Herausgabe ist dank der Unterstützung durch die örtliche IG Metall und die Berliner Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt ermöglicht worden.

Der Arbeits- und Gesundheitswissenschaftler Wolfgang Hien und der ehemalige Alstom-Betriebsrat Wolfgang Alles wollen mit dieser Veröffentlichung einen „Blick zurück auf die Auseinandersetzungen bei Alstom Power in Mannheim – und ein[en] Blick nach vorne“ werfen.

In vier Kapiteln befassen sich die Autoren mit der Bedeutung von Gesundheit, dem Verhältnis von Arbeit und Gesundheit / Krankheit, den Kämpfen bei Alstom Power in Mannheim sowie mit dem Gesundheitsschutz in Zeiten von Corona.

Sabotage der Kapitalverbände

1996 war das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) mit großer Verspätung in Kraft getreten. Kapitalverbände und große Konzerne blockierten jedoch dessen Umsetzung und sabotieren sie bis heute.

Dem in der IG Metall organisierten Betriebsrat von Alstom Power gelang es deshalb erst nach mehrjährigen harten Konflikten mit der Geschäftsleitung, einen bundesweit bedeutenden Sieg zu erringen. Durch den Spruch der Einigungsstelle vom 10. Oktober 2000 konnten die Rechte der Interessenvertretung und der Beschäftigten beim vorbeugenden Gesundheitsschutz bestätigt und konkretisiert werden.

Im Zentrum des Streits mit der Kapitalseite stand die Frage, wie gesundheitliche Gefährdungen am Arbeitsplatz zu analysieren und zu beurteilen sind. Mittels einer ganzheitlichen Gefährdungsanalyse / Gefährdungsbeurteilung (GFA / GFB) wurde die Grundlage für einen organisierten und überprüfbaren Gesundheitsschutz für alle Kolleginnen und Kollegen im Betrieb gelegt.

Zentral dabei war die Einrichtung eines von beiden Betriebsparteien paritätisch besetzten Steuerungsgremiums – der „Gemeinsamen Kommission GFA“. Sie war verantwortlich für die Durchführung eines sich alle drei Jahre wiederholenden Kreislaufprozesses.

Es ging dabei nicht nur um die systematische Erfassung aller physischen und psychischen Belastungen und Gefährdungen, sondern auch um die Festlegung von wirksamen Maßnahmen des Gesundheitsschutzes nach dem „STOP-Prinzip“.* Zudem war die Wirkungskontrolle der Maßnahmen und die Dokumentation der Gefährdungen nach § 6 ArbSchG zwingend erforderlich. Letztere erleichterte es Kolleginnen und Kollegen sehr, Ansprüche wegen berufsbedingter Erkrankungen gegenüber der Berufsgenossenschaft durchzusetzen.

Aktivierung der Belegschaft

Ein wesentliches Kennzeichen des bei Alstom Power erkämpften betrieblichen Gesundheitsschutzes war die systematische Einbeziehung der Belegschaft. Sie geschah durch einen kontinuierlichen Kommunikationsprozess. Dadurch gelang es, fast alle Kolleginnen und Kollegen für Gesundheitsgefahren zu sensibilisieren.

Abteilungsbezogene GFA-Unterrichtungen, das Ausfüllen und Auswerten von Fragebögen sowie die Information über die Ergebnisse der Befragungen, die direkte Ansprache von Beschäftigten bei Begehungen am Arbeitsplatz, die Möglichkeit der Mitarbeit von Vertrauensleuten in einer „Erweiterten Kommission GFA“ – alle diese Beispiele stehen für einen aktivierenden Gesundheitsschutz. Nur ein solcher Ansatz, das belegen die Autoren mit beeindruckenden Fakten, kann wirklich erfolgreich sein.

In der Einleitung zur Broschüre heißt es: „Spätestens nach der Fabrikschließung 2017 durch General Electric (GE) drohen die wichtigen Erfahrungen von Betriebsrat und Belegschaft in Vergessenheit zu geraten.“ Der dort formulierte Anspruch, „diesen Erfahrungsschatz lebendig zu halten und ihn in den Kontext der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Gesundheitsschutz im Arbeitsleben zu stellen“ ist überzeugend eingelöst worden.

*Das „STOP-Prinzip“ legt die Rangfolge von Maßnahmen des Gesundheitsschutzes fest. „STOP“ steht für **S**ubstitution (Ersetzen des gefährdenden Stoffes), **T**echnische Maßnahmen, **O**rganisatorische Maßnahmen und **P**ersönliche Schutzausrüstung. ■

Fünf Jahrzehnte neoliberale Gegenoffensive des Kapitals (Teil III)

Wir veröffentlichen hier den dritten Teil des Einleitungsreferats unseres Frühjahr-Seminars 2021 zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Teil I erschien in der Mai-Ausgabe der *Avanti²* Rhein-Neckar, Teil II in der Juni-Ausgabe. Der vierte und letzte Teil wird in der September-Avanti² erscheinen.

U. D.

Neoliberalismus: Bedrohlich aktuell

Fast 40 Jahre nach Veröffentlichung des „Lambsdorff-Papiers" hat es nichts von seiner bedrohlichen Aktualität verloren. Auch wenn Teile seiner Forderungen in den letzten Jahrzehnten um- und durchgesetzt wurden, ist das Kapital mit dem Erreichten längst nicht zufrieden.

Beispielhaft dafür sind Veröffentlichungen des Bundesverbands der Arbeitgeberverbände (BDA) und des Verbands der Metallunternehmen (Gesamtmetall) aus dem Jahr 2020.

Vorbereitung weiterer Angriffe

So empfiehlt der BDA in seinem Papier „Zukunft der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung dauerhaft begrenzen" u. a. folgende Maßnahmen zur dauerhaften Begrenzung der Sozialbeiträge:

- Das Renteneintrittsalter soll erhöht werden und automatisch mit der Lebenserwartung steigen.
- Der abschlagsfreie vorzeitige Renteneintritt soll abgeschafft werden.
- Nicht beitragsgedeckte Sozialversicherungsleistungen sollen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.
- Der Anspruch auf Arbeitslosengeld soll auf zwölf Monate begrenzt werden.

Gesamtmetall marschiert mit

Die Vorschläge von Gesamtmetall zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise unterscheiden sich davon kaum:

- „Bürokratische" Vorschriften und Regelungen (also alles, was unternehmerische Entscheidungsfreiheit einengt) sollen abgebaut werden.
- Steuern und Abgaben (natürlich vor allem die der Unternehmen und der Reichen), sollen nicht erhöht werden.
- Der Arbeitsmarkt soll noch flexibler werden.
- Die Arbeitszeiten sollen noch flexibler werden.
- Die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte soll weiter geschwächt werden.
- Das Rentenniveau soll weiter gesenkt und die vorzeitige Rente abgeschafft werden.

Aus diesen und ähnlichen Papieren dampft Lambsdorffs Ungeist. Sie fordern nichts anderes, als auch in den kommenden Jahren die neoliberale Politik zu Gunsten der Klasse der Kapitalbesitzenden fortzusetzen.

Ideologische Kriegsführung

Für die „erfolgreiche" Fortsetzung neoliberaler Politik ist wie bisher auch die politisch-organisatorische und ideologische Schwächung der arbeitenden Klasse eine entscheidende Voraussetzung.

Die organisatorische Schwächung erfolgt mittels Integration, mit direkter und indirekter Bestechung und – wenn nötig – durch blutige Unterdrückung.

Die ideologische Schwächung erfolgt durch einen permanenten und vielfältig geführten „Kampf um die Köpfe" der arbeitenden Klasse:

- Gesellschaft und Wirtschaftssystem seien unveränderlich und alternativlos.
- Nur der Kapitalismus könne Wohlstand und politische Freiheit schaffen.
- Die „Freiheit des Kapitals" sei gleichzusetzen mit der „Freiheit der Menschen".
- Nur der Kapitalismus sei in der Lage, alle Probleme der Welt zu lösen.
- Die stalinistischen Diktaturen in der Sowjetunion, in China, Nordkorea und der DDR hätten bewiesen, dass der Kommunismus nicht funktioniere und auf Unfreiheit beruhe.
- Soziale Ungleichheit, Konkurrenzverhalten, Gewinnstreben, Individualismus und Egoismus seien „normal" und lägen „in der Natur des Menschen".
- Negativ besetzte Begriffe wie „Kapitalismus" oder „Kapitalist" seien zu vermeiden. Stattdessen müsse von „sozialer Marktwirtschaft" und „Unternehmern" gesprochen werden.
- Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit existiere nicht. Statt Klassenkampf zu führen, würden „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" als „Sozialpartner" einen „fairen sozialen Ausgleich" aushandeln.

Kampf auf allen Ebenen

Dieser ideologische Kampf wird auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt. Damit soll das Bewusstsein der arbeitenden Klasse im Sinne des Kapitals beeinflusst und Widerstand bereits im Keim erstickt werden.

Entgegen der erfahrbaren Lebenswirklichkeit wird der Kapitalismus als positiv und alternativlos dargestellt. Aber schon der Gangsterboss Al Capone soll es so auf den Punkt gebracht haben: „Kapitalismus ist der legitimierte Betrug der herrschenden Klasse." ■

Foto: BR Alstom Power.

Demo „Wir zahlen nicht für Eure Krise!" in Frankfurt/Main, 28. März 2009.

Der Klimakatastrophe begegnen Ökosozialistische Konferenz der ISO

N. B.

Am 12. und 13. Juni fand im Schieferpark Lehesten in Thüringen die zweite Ökosozialistische Konferenz der ISO mit ca. 30 Teilnehmenden statt. Unsere Devise: „Der Katastrophe begegnen".

Wo stehen wir in der sozialistischen Auseinandersetzung mit der Klimakatastrophe? Welche Lücken gilt es dabei zu füllen? Und wie sollten wir unsere Arbeit ausrichten? Gerahmt von diesen Fragen wurden auf der Konferenz als zentrale Themen die Verkehrspolitik und die Landwirtschaft diskutiert.

Klimakatastrophe und Gegenwehr

Zum Auftakt der Konferenz debattierten Nora Bräcklein, Paul Michel und Winfried Wolf über den Ernst und die Dringlichkeit der Lage. Während diese im Bewusstsein der Massen angekommen sei, stünden die meisten Menschen der sich anbahnenden Katastrophe recht hilflos gegenüber. Die Menschen litten schon jetzt enorm unter der Klimakatastrophe und ihren Ursachen – der Ausbeutung von Natur und Mensch. Auch daran gelte es anzuknüpfen.

Neben dem subjektiven Faktor des Bewusstseins müssen wir aber auch die stoffliche Seite mehr in unseren Fokus rücken: die naturwissenschaftlichen und technischen Aspekte der Klimakatastrophe und möglicher Auswege.

Krisenherd Tierindustrie

In einer ersten Workshop-Phase legte Tina Ress (Bündnis „Gemeinsam gegen die Tierindustrie") dar, wie die Tierindustrie Mensch, Tier und Umwelt brutal ausbeute. Dagegen rege sich aber Widerstand, in Deutschland wie auch international. An vorderster Front stehen dabei Frauen, die durch ihre gesellschaftliche Position als Sorgende am direktesten mit der Umweltzerstörung und ihren Folgen konfrontiert seien. Dazu behandelten die Teilnehmenden mit Marijke Colle (belgische Sektion der IV. Internationale) im parallel stattfindenden Workshop den sozialistischen Ökofeminismus.

Klassenkampf im Verkehr

Mit Violetta Bock und Winfried Wolf diskutierten wir anschließend, wie eine klassenpolitische Verkehrswende aussehen könne. In Bezug auf einen klimafreundlichen überregionalen und internationalen Verkehr wies Winfried Wolf der Tarifauseinandersetzung der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) eine große politische Bedeutung zu.

Violetta Bock machte sich für einen guten kommunalen Nahverkehr stark. Hier könne man direkt an der Lebensrealität insbesondere der arbeitenden Klasse anknüpfen und gemeinsam Erfolge erkämpfen.

Utopie und Alternativen

Den Bogen zu der Gesamtperspektive des ökologischen Sozialismus schlugen die beiden Workshops am Sonntag. Mit Angela Klein und Rosi Reindl sprachen Teilnehmende über das Verhältnis von Mensch und Natur bei Marx, der die Produktion ins Zentrum dieses Verhältnisses stelle.

Paul Michel ging im parallelen Workshop auf historische Erfahrungen mit der Planwirtschaft ein. Eine im Sinne der menschlichen Bedürfnisse geplante, an den Grenzen und Gesetzen der Natur ausgerichtete Wirtschaft sei unabdingbar für die Rettung der Umwelt und der Menschheit.

Wie weiter?

Nach einer ersten rein virtuellen Ökosozialistischen Konferenz im letzten Jahr tat das reale Zusammenkommen allen gut. Wie Violetta Bock auf dem Abschlussplenum aber betonte, müssen wir uns bei dem herrschenden Umgang mit der Umwelt darauf gefasst machen, immer häufiger in gesellschaftliche Ausnahmesituationen zu geraten, auf die die Corona-Pandemie ein vergleichsweise milder Vorgeschmack sein dürfte.

Marijke Colle, Angela Klein und Violetta Bock diskutierten auf dem Abschlusspodium die Dringlichkeit, ökologische Kämpfe fortzuführen und zu radikalisieren, um sie zu verbinden und auf eine gesellschaftliche und ökologische Alternative jenseits der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur hinzuarbeiten.

Immer wieder wurde im Laufe der Konferenz die Frage aufgeworfen, wie wir mehr Menschen für unsere Ideen gewinnen können: durch verstärkte Bündnisarbeit oder durch organisierende Basisarbeit? In welchem Verhältnis stehen diese beiden strategischen Herangehensweisen zueinander? Und welche Perspektiven bieten sie?

Die auf der Konferenz begonnenen Auseinandersetzungen wollen wir kontinuierlich fortführen und mit unserer Praxis verbinden. Im kommenden Jahr soll es mit der dritten Ökosozialistischen Konferenz der ISO eine Fortsetzung geben. ■

FFF-Demo in Aachen, 21. Juni 2019. *Foto: Avanti².*

Antifaschistische Kundgebung
Protest gegen braune Schmierereien in Hirschhorn!

K. S.

Am Freitag, den 4. Juni 2021, kamen in Hirschhorn rund 60 Menschen zu einer Protest-Kundgebung auf dem Marktplatz zusammen. Sie setzten damit ein antifaschistisches Zeichen gegen die Nazi-Umtriebe vor Ort. Die Teilnehmenden folgten einem Aufruf des DGB-Ortsverbands Hirschhorn.

Eine Woche zuvor waren auf die Schaufenster des örtlichen Gewerkschaftsbüros, das sich in der früheren Synagoge befindet, ein Hakenkreuz und eine SS-Rune gesprüht worden. Diese abscheuliche Tat richtete sich offensichtlich gegen ein dort angebrachtes Plakat der DGB-Jugend mit der Losung „Gegen jeden Antisemitismus!“

Die DGB Region Südhessen als Mieterin des Büros erstattete Strafanzeige wegen Nazi-Propaganda, der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Volksverhetzung und Sachbeschädigung. Auch das DGB-Büro in Bad König im benachbarten Odenwaldkreis war bereits zweimal das Ziel faschistischer Schmierereien.

„Gegen jeden Antisemitismus!“

An der Kundgebung „Gegen jeden Antisemitismus!“ beteiligten sich Menschen aus der gesamten Region, um ihre Solidarität zu bekunden. Auch Bürgermeister Oliver Berthold und Altbürgermeisterin Ute Stenger aus Hirschhorn fanden sich zur Kundgebung ein. Die jüdische Kultusgemeinde Heidelberg habe sich über die Schmierereien sehr betroffen gezeigt, berichtete DGB-Ortsverbandsvorsitzender Stefan Riedel von einem Telefonat.

In den Redebeiträgen wurde unterstrichen, dass Hakenkreuz und SS-Rune für das größte Massenverbrechen der Menschheitsgeschichte stehen: für einen beispiellosen Eroberungs-, Ausrottungs- und Vernichtungskrieg, für den industriell betriebenen Massenmord an Millionen Menschen in den faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern und den Holocaust an den europäischen Juden.

DGB-Regionssekretär Horst Raupp unterstrich die antisemitische Stoßrichtung der Tat: „Die Nazi-Schmiererei in Hirschhorn steht ganz offensichtlich in direktem Zusammenhang mit dem Plakat ‚Gegen jeden Antisemitismus!‘. Die Schmieraktion richtet sich also nicht nur gegen den DGB und die Gewerkschaften, sondern gezielt gegen Jüdinnen und Juden.”

Raupp gedachte aus diesem Anlass daher auch eines Mitglieds der jüdischen Gemeinde in Hirschhorn, das der Verfolgung durch die Nazis zum Opfer fiel: „Wir gedenken auch Louis Salomon, an den eine Tafel an der früheren Synagoge erinnert. Louis Salomon wurde als letztes Mitglied der jüdischen Gemeinde Hirschhorn 1942 in das KZ Theresienstadt deportiert und dort 1944 ermordet.”

Mit Blick auf die Gegenwart forderte der DGB-Vertreter „eine starke und solide Brandmauer nach rechts, die breit verteidigt werden muss.”

Faschismus: Todfeind der Gewerkschaften

Der Vorsitzende der Weinheimer Ortsgruppe der IG BCE, Helmut Schmitt, erinnerte daran, dass es „mit dem Sturm der Nazis auf die Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland am 2. Mai 1933” begonnen hatte. „Sie beschlagnahmten gewerkschaftliches Eigentum, misshandelten, verhafteten und ermordeten viele Gewerkschafter*innen. Jüd*innen und Gewerkschafter*innen fanden sich später wieder in den Konzentrationslagern der Nazis.”

Auch die ISO Rhein-Neckar war vor Ort und erklärte ihre Solidarität mit dem DGB in Hirschhorn und dem Kampf gegen Faschismus, Kriegstreiberei und Antisemitismus. „Gerade an solchen Schmierereien zeigt sich, wie nötig dieser noch immer ist und wie dünn das Eis doch ist, welches zwischen unserer Zeit und den dunkelsten und schrecklichsten Kapiteln deutscher Geschichte liegt. Symptomatisch ist es allemal, dass gerade ein Poster gegen Antisemitismus in Eurem Schaufenster Anlass für eine solche Tat war.“

Hakenkreuz und SS-Runen an einem Gewerkschaftsbüro, das sich noch dazu in einer ehemaligen jüdischen Synagoge befindet, das geht gar nicht, waren sich alle Anwesenden einig. Sie setzten mit der Kundgebung ein eindrucksvolles Zeichen gegen Antisemitismus und Faschismus in Hirschhorn und überall. ■

DGB-Kundgebung in Hirschhorn, 4. Juni 2021. *Foto: Privat.*

Klassenkampf von oben Wegducken oder wehren?

N. B.

Am Freitag, den 25. Juni, diskutierten wir in kleiner, sehr engagierter Runde über den verschärften Klassenkampf von oben und über Möglichkeiten der Gegenwehr. Nach sechzehn rein virtuellen Bildungsabenden konnten wir uns erstmals wieder in hybrider Form austauschen.

Unser Referent gab in seiner Einleitung einen umfassenden Überblick über die bedrohlichen gesellschaftlichen Entwicklungen, die allesamt das Interesse der Herrschenden bedienen. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Ausbeutung von Menschen und Natur ging er auf mehrere Bereiche ein.

Zerstörung, Spaltung, Faschismus

Die Rüstungsindustrie bringe Gewinne durch Tod und Zerstörung des menschlichen Lebens und der Umwelt, unter anderem um weltweit auf fossile Energieträger zugreifen zu können. Dafür wurden im Jahr 2016 1,7 Billionen US-Dollar ausgegeben, während in erneuerbare Energien gerade einmal 242 Mrd. Euro investiert worden seien.

Gerade in der aktuellen Krise und der Corona-Pandemie nehme die soziale Spaltung weiter zu. Besonders betroffen seien davon Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften: geflüchtete, obdachlose, behinderte und pflegebedürftige Menschen, aber auch Leiharbeiter*innen.

Die Armutsgefährdungsquote in Deutschland liege bei 15 %, sei aber auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sehr ungleich verteilt. Alleinerziehende, migrierte Menschen, auch Kinder und Jugendliche, seien stark betroffen. Am meisten wachse momentan die Armut unter den alten Menschen an.

Diese zunehmenden Probleme bereiten auch Rassismus und Nationalismus einen fruchtbaren Boden. Die Gefahr des Faschismus nehme deutlich zu. Das zeige sich auch an den hunderten jährlichen Gewalttaten, von denen nur die auffälligsten durch die Medien in eine breite gesellschaftliche Wahrnehmung kämen. Spätestens seit dem NSU-Prozess sei die Verstrickung der faschistischen Bewegung mit dem Staatsapparat nicht mehr zu leugnen. Doch auch innerhalb von Teilen der Bevölkerung wachse die Bereitschaft, sich mit faschistischen Organisationen und Parteien zusammen zu tun, wie das die „Querdenken"-Proteste gezeigt hätten.

Rücksichtslose Produktion für Profite

Unser Referent machte deutlich, dass die Klimakatastrophe bei all diesen Problemen immer drängender die Frage nach dem menschlichen Überleben stelle.

So drehte sich auch die Diskussion zunächst um dieses Thema. Auf das Märchen des Umstiegs auf erneuerbare Energien als einzig nötige und mögliche Maßnahme dürften wir nicht hereinfallen. Vielmehr sei eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung und die Verringerung des Energieverbrauchs erforderlich.

Im Kapitalismus führe die Konkurrenz zwischen den Unternehmen zu unnötiger Überproduktion. Es würden vollkommen nutzlose Waren für künstlich erzeugte Bedürfnisse oder für den militärischen Kampf um Profite und Macht produziert. Unendlich viele Kilometer überflüssiger Transportwege würden zurückgelegt.

Der Konkurrenzkampf um die höchsten Profite diene den Interessen der herrschenden Klasse, dem Kapital, und am Ende sei die arbeitende Klasse die Leidtragende.

Solidarische Front und demokratische Planung

Demgegenüber treten wir für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der die Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen demokratisch geplant und daher auch der Schutz der Umwelt und des Klimas ins Zentrum gerückt wird.

Wie aber kommen wir dahin? Einem großen Problembewusstsein in Bezug auf gesellschaftliche und ökologische Fragen stehe bei sehr vielen eine große Ratlosigkeit und das Gefühl der Ausweglosigkeit in Bezug auf Alternativen entgegen. Die faschistische Rechte mache sich mit ihrem globalen autoritären Auftreten die Schwäche der Linken zunutze. Dabei gebe es durchaus viele emanzipatorische und klassenkämpferische Ansätze. Die verschiedenen Stränge der Gegenwehr gelte es, in einer solidarischen Front zusammenzuführen.

Unsere Aufgabe als Sozialist*innen bestehe darin, die Betroffenheit der Menschen aufzugreifen und gegen die neoliberale Propaganda vom „alternativlosen" Kapitalismus die Vision einer befreiten, demokratischen und bedürfnisorientierten Gesellschaft zu entwickeln. Dafür sei die Bildung einer organsierten politischen Kraft erforderlich, die dieser Idee in den Bewegungen, den Kämpfen und damit auch im Bewusstsein zum Durchbruch zu verhelfen vermag. ■

FFF-Demo in Mannheim, 19. Juli 2019.

Foto: Avanti².

ISO-Sommerseminar am Samstag, 7. August 2021, ab 13:00 Uhr „150 Jahre Pariser Kommune – Direkte Demokratie als Alternative?"

M. G.

Wir erleben derzeit eine bedrohliche Zuspitzung sich gegenseitig verstärkender Krisen – in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Umwelt. Unsere Existenzen, unsere Gesundheit und unsere demokratischen Grundrechte geraten immer mehr durch die Machtzusammenballung auf Seiten des Kapitals unter Druck.

Umso mehr stellt sich die Frage: Wie kann eine demokratische Alternative zum Kapitalismus aussehen? Bei unserem Sommerseminar „150 Jahre Pariser Kommune - Direkte Demokratie als Alternative?" wollen wir uns – unter sorgsamer Beachtung des Gesundheitsschutzes – mit dieser Fragestellung befassen.

Vor 150 Jahren zeigte die Pariser Kommune, was direkte Demokratie der arbeitenden Klassen heißt. Die damals verfeindeten Herrscher Frankreichs und Preußens erkannten unmittelbar die Gefahr. Sie waren sich deshalb schnell einig, in der blutigen Unterdrückung dieser revolutionären Erhebung gemeinsame Sache zu machen.

Die Kommune ging aus freien Wahlen mit unterschiedlichen politischen Strömungen hervor. Die Gewählten der Kommune waren ihrer Wählerschaft rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar. Sie erhielten für ihre Tätigkeit durchschnittlichen Arbeiterlohn. Der Gemeinderat war gesetzgebende und vollziehende Gewalt zugleich. Die Sozialpolitik bewirkte unmittelbar die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse. Zum Beispiel stellte sie aufgegebene Betriebe selbstorganisierten Kooperativen der Arbeitenden zur Verfügung.

In zwei thematischen Blöcken wollen wir uns zum einen mit der Pariser Kommune und der bedeutenden Rolle der Frauen in ihr befassen, zum anderen mit dem, was wir heute noch von dem inspirierenden Beispiel der Kommune lernen können.

Mit kurzen Referaten, Filmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir in einem entspannten Rahmen versuchen, auf diese und andere Fragen gemeinsame Antworten zu finden.

Das Seminar findet in gut geeigneten Räumlichkeiten in Mannheim statt. Beginn ist am Samstag, 7. August 2021, um 13:00 Uhr, Ende gegen 17:00 Uhr. Anschließend beginnt am selben Ort unser Sommerfest. ■

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Aktiven oder bei ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110, D-68026 Mannheim, Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54, E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.

Sommerfest 2021 – SA, 7. August 2021, 18:00 Uhr Gemeinsam aktiv, gemeinsam feiern!

M. G.

Unter Corona-Bedingungen merken wir sicherlich alle noch mehr als sonst, dass es höchste Zeit ist, unser gemeinsames politisches Engagement mit dem gemeinsamen Feiern zu verbinden. Am Samstag, den 7. August 2020, findet deshalb ab 18:00 Uhr in Mannheim das diesjährige Sommerfest der ISO Rhein-Neckar statt.

Gerade in Zeiten des kapitalistischen Niedergangs kommt der persönliche Austausch aufgrund der Organisation unserer vielen politischen Verteidigungs-Aktivitäten oft zu kurz. Unser Sommerfest bietet Raum zum Reden, zum Zuhören, zum Lachen – unter dem Motto: Es lebe das richtige Leben, auch im falschen!

Um die nach wie vor erforderlichen Gesundheitsschutzregeln (Abstand, Hygiene, …) achtsam einhalten zu können, haben wir ein weitläufiges Festgelände und geeignete Räumlichkeiten organisiert.

Für Musik und Getränke ist ausreichend gesorgt, auch der Grill wird so bestückt werden, dass niemand Hunger leiden muss. Wir freuen uns dennoch, wenn Ihr die eine oder andere Leckerei und vor allem gute Laune mitbringt. ■

Sommerabend. *Foto: Privat.*

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Aktiven oder bei ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110, D-68026 Mannheim, Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54, E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.

100 Jahre KP Chinas
Von der Revolution zur Restauration des Kapitalismus

E. B.

Vor 100 Jahren, am 23. Juli 1921, wurde die KP Chinas in Shanghai gegründet. Trotz der verheerenden Folgen ihrer Anpassung an den Stalinismus in der Zeit danach, gelang es der Partei ab den 1930er Jahren eine eigenständige revolutionäre Rolle zu spielen.

Die Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 schien den Triumph ihrer Politik unwiderruflich zu festigen. Aber die Zukunft war bestimmt von der Etablierung einer Einparteien-Diktatur mit Führerkult im Spannungsfeld zwischen maoistischem „Kommunismus“ und Kapitalismus. Der Maoismus brach ab den 1950er Jahren schrittweise mit seinen sozialen Grundlagen – mit der Intelligenz, mit der Bauernschaft und schließlich mit dem Proletariat.

Alle politischen und sozialen Spannungen innerhalb der Partei gipfelten in der blutigen „Kulturrevolution“ von 1966 bis 1976. Deren Beendigung ebnete einerseits zunächst einer bürokratischen Konterrevolution den Weg. Andererseits konnten trotz aller tiefer Krisen die staatliche Unabhängigkeit Chinas und die Industrialisierung zu einem extrem hohen Preis gesichert werden. Jedoch endete diese Entwicklung schließlich in der Öffnung zum Kapitalismus und im Entstehen einer neuen Bourgeoisie mit globalen Machtperspektiven.

100 Jahre nach der Parteigründung steht das „K“ im Parteinamen zweifelsohne für eine besondere Mutante des Kapitalismus. ■

Schauplatz des Gründungskongresses der KP Chinas in Shanghai. *Foto: Gemeinfrei.*

ISO/IV. Internationale
Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SA, 10.07.2021, 11:00 Uhr, Infostand #ZeroCovid, Marktplatz MA*
- SO, 11.07.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 13.07.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 15.07.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 15.07.2021, 19:00 Uhr, „Wird nach der 3. Welle alles wieder gut?“, Virtuelle Veranstaltung von #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 22.07.2021, 19:00 Uhr, „Asyl – nur noch auf dem Papier?“, Neckarpromenade 42, MA *
- FR, 23.07.2021, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*
- SO, 25.07.2021, 12:00 Uhr, Besuch der Käthe-Kollwitz-Ausstellung
- DO, 29.07.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees, Gewerkschaftshaus MA*
- SA, 07.08. 2021, 13:00 Uhr, „Pariser Kommune und direkte Demokratie“, Sommerseminar der ISO Rhein-Neckar, MA*
- SA, 07.08. 2021, 18:00 Uhr, Sommerfest der ISO Rhein-Neckar*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
ISO